

Gemeindebund startet neue BürgermeisterInnen-Akademie

Im Anschluss an die Konstituierung der neuen Gemeinderäte wird die BürgermeisterInnen-Akademie in Betrieb genommen. Dieser speziell entwickelte Lehrgang soll BürgermeisterInnen für die neue und wertvolle Aufgabe rüsten und gleichzeitig die Möglichkeit bieten, ein Netzwerk mit AmtskollegInnen aufzubauen.

In fünf Modulen werden die Grundlagen der Gemeindeverwaltung, die Grundzüge rund ums Thema Gemeindefinanzen sowie das umfangreiche Gebiet des Gemeinderechts allen TeilnehmerInnen vermittelt. Ein Praxisworkshop und Rhetoriktraining runden den Lehrgang ent-

sprechend ab.

Es besteht die Möglichkeit, entweder den gesamten Lehrgang oder einzelne Module zu buchen, insofern das Wissen lediglich in einzelnen Fachbereichen erneuert werden möchte.

Die genauen Lehrgangstermine sowie Zeitpläne werden nach der Gemein-



Der Gemeindebund Steiermark tartet nach der Konstituierung der Gemeinderäte eine BürgermeisterInnen-Akademie. Gemeindebund

deratswahl bekanntgegeben, über die Homepage des Gemeindebundes Steiermark. eine **Anmeldung** erfolgt

Erfolgreiches WiFi4EU-Programm geht im Frühjahr bereits in die vierte Runde

Das EU-Programm WiFi4EU hat nun bereits drei erfolgreiche Calls zur Einreichung von Anträgen ermöglicht.

Die Initiative startete im Jahr 2018 mit einem Budget von insgesamt 120 Millionen Euro bis 2020.

WiFi4EU wirkt sich konkret auf die Gemeinden in ganz Europa aus, indem es den Bürgern den freien Zugang zu WLAN in öffentlichen Räumen wie Parks, Plätzen, öffentlichen Gebäuden, Bibliotheken, Gesundheitszentren und Museen ermöglicht.

Das Breitbandbüro des Bundes übernimmt seit dem Start des EU-weiten Programmes hierbei die Rolle

als Vermittler und Berater für die österreichischen Gemeinden, welche sich für einen sogenannten Gutschein im Wert von 15.000 Euro bewerben können.

Da die Anzahl der Gutscheine weit unter der Bewerberzahl liegt und das „first come, first serve“-Prinzip zur Anwendung kommt, ist eine optimale Vorbereitung auf die Versteigerung unbedingt von Nöten.

Bis dato wurden EU-weit 7.980 Gutscheine vergeben - davon 367 an Österreich.

Ganz besonders erfreulich ist, dass die Gemeinde Wiesfleck nahe Oberwart als erster Bewerber in der EU die Zahlung für ein WiFi4EU-Netzwerk erhalten

konnte. Dies zeigt das hohe Interesse im ländlichen Raum auf, schnellstmöglich eine gute Internetversorgung zu realisieren, um für Unternehmen und Bürger auch in Zukunft attraktiv für Investitionen und Lebensqualität zu sein.

Das spiegelt sich auch im dritten Call wieder, in welchem Österreich das Maximum von 142 Gutscheinen pro Land erreichen konnte.

Die letzten drei Calls ergaben eine 50-Prozent-Quote für die österreichischen Bewerber. Dies ist sehr beachtlich, da der EU-weite Schnitt lediglich bei 25,2 Prozent lag.

Daher ist es besonders erfreulich, dass der nächste

WiFi4EU-Call bereits in diesem Frühjahr stattfinden wird, bei welchem sich wieder zahlreiche Gemeinden bewerben können. Das Breitbandbüro des Bundes wird auch bei diesem Call wie gewohnt seine Beraterrolle wahrnehmen.

Einreichungsunterlagen bereits jetzt vorbereiten

Der genaue Starttermin des Calls steht zwar nicht fest, interessierte Gemeinden können aber bereits jetzt Unterlagen vorbereiten, um für die Einreichung gerüstet zu sein. Der Gemeindebund Steiermark wird mittels Rundmail alle Gemeinden gesondert über den genauen Call-Termin informieren.

Schwerpunkt Nachhaltigkeit: Großes Interesse für 1. Agenda 2030 Workshop

In unserem Informationsschwerpunkt zur Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele auf Gemeindeebene berichten wir heute über den ersten Workshop „Agenda 2030 in STEIRISCHEN GEMEINDEN“. Dieser stieß bei den Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinden auf großes Interesse und verdeutlicht die Bereitschaft für mehr Nachhaltigkeit in der Gemeinde.

Klimawandel“, „Nachhaltigkeit“ und „ein lebenswertes Umfeld für die jetzige Bevölkerung und für zukünftige Generationen“ - das sind Themen, die auch an steirischen Gemeinden nicht vorüber gehen.

Erster Workshop zum Thema Nachhaltigkeit

Groß war das Interesse von Vertretern steirischer Gemeinden, die am ersten Workshop des steirischen Gemeindebundes zur „Agenda 2030 in steirischen Gemeinden“ am 15. Jänner 2020 in Graz teilnahmen. Mehr als zwanzig Kommunalpolitiker und Personen aus der Gemeindeverwaltung (Amtsleiter, Projektleiter etc.) befassten sich einen halben Tag lang mit den 17 globalen Nachhaltigkeitszielen und ihrer Bedeutung für

die Gemeinde.

Die steirische Nachhaltigkeitskoordinatorin, Gudrun Walter, stellte gemeinsam mit Michael Schaller und Anna Stolz von der Nachhaltigkeitsagentur sustainable eine Werkmappe zu der Agenda 2030 vor.

Werkmappe für die Umsetzung in der Gemeinde

In dieser Werkmappe werden die 17 Ziele mit ihrer Relevanz für die Steiermark erläutert, es wird aber vor allem aufgezeigt, wie viele Erfolgsbeispiele es bereits in steirischen Gemeinden gibt, die zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele beitragen.

Die Werkmappe enthält eine Auflistung von Behelfen ebenso wie ein Verzeichnis von Organisationen, die Gemeinden bei der Umsetzung

der Nachhaltigkeitsentwicklungsziele unterstützen.

„Gemeinden fangen nicht bei Null an, wenn es um die Agenda 2030 geht“, ist die steirische Nachhaltigkeitskoordinatorin überzeugt: „Klimabündnisgemeinden, e5-Gemeinden, LA 21 Gemeinden oder auch Fairtrade Gemeinden sind schon in Richtung Nachhaltigkeit unterwegs. Mit der Werkmappe wollen wir

steirischen Gemeinden zu den 17 Nachhaltigkeitszielen präsentiert.

Was gibt es in Ihrer Gemeinde an Beispielen?

Gibt es in Ihrer Gemeinde erfolgreiche Beispiele, die zeigen, wie Nachhaltigkeit auf Gemeindeebene funktioniert?

Schicken Sie uns Ihr Beispiel mit einem Foto, einer kurzen Beschreibung und



Der erste Workshop zum Thema Nachhaltigkeit stieß bei den Vertretern der steirischen Gemeinden auf großes Interesse. Gemeindebund

den Verantwortlichen in den Gemeinden ein Werkzeug geben, damit sie sich unter Einbindung der Bevölkerung noch mehr in Richtung Zukunftsfähigkeit entwickeln“, so die Nachhaltigkeitskoordinatorin Gudrun Walter.

Nach einem kompakten Folder zur „Gemeinde Agenda 2030“, der im vergangenen Jahr vorgestellt wurde, ist dies der zweite Baustein, um die globalen Nachhaltigkeitsziele auf Gemeindeebene greifbar zu machen. In den kommenden Monaten werden in der Zeitung des Gemeindebundes jeden Monat Erfolgsbeispiele aus

der Kontaktperson, bei der wir weitere Details nachfragen können. Wir stellen diese Beispiele in den nächsten Monaten auf der Nachhaltigkeitsseite des Landes Steiermark vor. Mailen Sie Ihr Beispiel mit dem Kennwort „Best Practice aus steirischen Gemeinden und Städten“ an guenter.felsberger@stmk.gv.at.

Sie finden die Werkmappe und den Gemeindefolder auf der Nachhaltigkeitsseite des Landes Steiermark unter www.nachhaltigkeit.steiermark.at. Dort gibt es auch detaillierte Informationen zu den einzelnen Nachhaltigkeitszielen.



Gudrun Walter, Michael Schaller und Anna Stolz stellen die neue Werkmappe zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele vor. Gemeindebund

Forderungen zur nachhaltigen Sicherung unserer Trink- und Abwasserwirtschaft

Nach der jüngst erfolgten verfassungsrechtlichen Absicherung der öffentlichen Trinkwasserversorgung wollen die Verantwortlichen und Partner der Trink- und Abwasserwirtschaft in Hinblick auf das Auslaufen der aktuellen Finanzausgleichsperiode 2021 die Notwendigkeit des Ausbaus und der Erhaltung der siedlungswasserwirtschaftlichen Infrastruktur betonen und haben dazu ein Forderungspapier erstellt.

Die Schaffung und Finanzierung der bestehenden Infrastruktur in der Siedlungswasserwirtschaft war nur mit maßgeblichen öffentlichen Förderungen durch die Finanzausgleichspartner möglich. Damit konnte in der Vergangenheit die Wasser- und Abwasserentsorgungsinfrastruktur auf Basis einer gemeinsamen Finanzierung von Bund, Ländern und Gemeinden in vergleichsweise kurzem Zeitraum unter Vorschreibung sozial verträglicher Gebühren ausgebaut werden.

Wichtiger Teil der Daseinsvorsorge

Die siedlungswasserwirtschaftliche Infrastruktur als zentrales Element der Daseinsvorsorge schafft Lebensqualität und ist unverzichtbar für Entwicklungen in Wirtschaft und Tourismus sowie den Erhalt bzw. die Steigerung der Wassergüte. Zudem schaffen Investitionen in diese Infrastruktur Wertschöpfung und Arbeitsplätze.

Finanzielle Absicherung

Für die langfristige Finanzierung und Qualitätssiche-

rung wird daher die notwendige Bereitstellung von Fördermitteln durch die Finanzausgleichspartner eingefordert.

Große Investitionen in die Trinkwasserqualität

Seit 1959 wurden in Österreich über 61 Mrd. Euro in die erstmalige Errichtung und den Ausbau der siedlungswasserwirtschaftlichen Infrastruktur investiert. Heute sind im bundesweiten Durchschnitt bereits über 90 Prozent der Haushalte an das öffentliche Trinkwasserversorgungs- und Kanalnetz angeschlossen, jedoch ist die Lebensdauer dieser Anlagen in vielen Fällen bereits erreicht. Eine Sanierung mit gleichzeitiger Anpassung an den Stand der Technik ist daher dringend erforderlich, um das erreichte Niveau erhalten zu können.

Infrastruktur darf nicht vernachlässigt werden

Eine Vernachlässigung der geschaffenen Umweltinfrastruktur würde einen eklatanten Rückschritt für den Lebens-, Wirtschafts- und Tourismusstandort Österreich darstellen.

Die dadurch erforder-

liche Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit der Infrastruktur wäre künftig nur mit einem wesentlich höheren finanziellen Aufwand möglich. Darüber hinaus stellen Anpassungsmaßnahmen unter anderem aufgrund des Klimawandels sowie der Digitalisierung die Betreiber vor neue Herausforderungen.

Aktuelle und zukünftige Herausforderungen

Vor allem im ländlichen Bereich ist der Ausbau der siedlungswasserwirtschaftlichen Infrastruktur noch nicht finalisiert, hier besteht noch Nachholbedarf.

Hinzu kommt der Siedlungsdruck in den Städten bzw. in deren Umgebungsbezirken, welcher Investitionen in die Ersterschließung erforderlich macht.

Sanierungsrate erhöhen

Angesichts einer angestrebten Lebensdauer der Trinkwasserleitungen und Kanäle müsste eine jährliche Sanierungsrate von 1,5 bis 2 Prozent erreicht werden. Die Sanierungsrate liegt aktuell deutlich darunter und müsste tatsächlich drei- bis fünfmal höher sein. Die geringe Ausstattung der Bundesförderungen verschärft die Situation seit Jahren, da die durchschnittliche Wartezeit für Förderwerber derzeit 1,5 bis 2 Jahre beträgt.

Reaktion auf den Klimawandel erforderlich

Darüber hinaus erfordern schon gegenwärtig durch

den Klimawandel bedingte, geänderten Niederschlagsintensitäten entsprechende Anpassungsmaßnahmen. Die Lösung dieses Problems wird große Investitionen in die Trinkwasserversorgung nach sich ziehen.

Zusätzliche Aufgaben

Auch neue Maßnahmen zur Nutzung des Abwassers als Ressource, beispielsweise die Gewinnung von Energie aus Abwasser oder von Phosphor aus dem Klärschlamm, werden erforderlich sein und kommen als zusätzliche Aufgaben hinzu.

Darüber hinaus sind Betriebsoptimierungen durch Digitalisierung sowie die Black-Out-Vorsorge unumgänglich.

Mehr finanzielle Mittel als Forderung für den Finanzausgleich

In den Finanzausgleichsverhandlungen für die UFG-Förderung ist der Zusagerahmen ab 2022 von jährlich 150 Mio. Euro bei gleicher Förderungsintensität vorzusehen. Zum Abbau des aktuellen Förderrückstaus von 137 Mio. Euro für rund 1.700 offene Förderanträge ist zusätzlich eine Sondertranche erforderlich.

Von der Politik wird ein langfristiges Bekenntnis zur Förderung der Siedlungswasserwirtschaft durch gemeinsame Mittel des Bundes, der Länder und Gemeinden gefordert. Das grundsätzliche Erfordernis der Finanzierung sollte außer Frage gestellt werden.